

**Motion UGE-Fraktion:****«Standesinitiative Verfassungsänderung zugunsten des Agglomerationsverkehrs**

Das Stimmvolk hat am 8. Februar 2004 deutlich Nein gesagt zum Avanti-Gegenvorschlag. Die zweite Gotthardstrassenröhre ist vom Tisch, die Verkehrsprobleme in den Agglomerationen jedoch müssen jetzt angegangen werden.

Die Fraktion von Unabhängigen, Grünen und EVP lädt die Regierung ein, eine Standesinitiative einzureichen, die verlangt, Artikel 86 der BV so zu ändern, dass in Zukunft ein wesentlicher Teil des Reinertrages der Verbrauchssteuer auf Treibstoffen und des Reinertrages der Nationalstrassenabgabe für die Finanzierung von Infrastrukturen des öV in Städten und Agglomerationen verwendet werden kann.

Das platzsparende öV-Angebot und der Langsamverkehr sollen dadurch nachhaltig verbessert werden können. Mit der neuen Nutzungsmöglichkeit von Bundesgeldern zur Lösung der Verkehrsprobleme in den Agglomerationen könnten auch die Agglomerationen in unserem Kanton erheblich vom Verkehrsproblem entlastet werden. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung ist heute mehrmals täglich unterwegs. Lärm, Abgase, Stress und tägliche Zeitverluste im Stau belasten uns Menschen, unsere Ökologie und die Wirtschaft.

Neue Umfahrungsstrassen können die Staus nicht verhindern. Mehr Strassen erzeugen stets mehr motorisierten Individualverkehr. In unseren engen räumlichen Verhältnissen braucht es andere Lösungsansätze. Den effizientesten und nachhaltigsten Weg um die täglichen Verkehrsprobleme in den Agglomerationen zu lösen, finden wir, wenn möglichst viele Menschen auf die öffentlichen Verkehrsmittel oder aufs Velo umsteigen. Das erreichen wir durch attraktive, leistungsfähige Angebote. Damit wird für den Verkehr viel weniger Raum beansprucht, als wenn zu viele Privatautos mit nur einem Insassen unterwegs sind. Damit kann auch die Lärm- und Luftbelastung wesentlich reduziert werden.

Mit dieser Standesinitiative signalisiert der Kanton St.Gallen an Bundesbern, dass die Ostschweiz wichtige öV-Projekte wie den S-Bahn-Ausbau braucht und zur Lösung seiner Verkehrsprobleme auf Bundesgelder angewiesen ist.»

16. Februar 2004

UGE-Fraktion